

## Richtige Lehren aus Kopenhagen ziehen

**Die 15. Weltklimakonferenz ist ohne ein rechtsverbindliches, globales Klimaabkommen, auf dessen Basis die Völkergemeinschaft der Erderwärmung die Stirn bieten könnte, auseinandergegangen. Unser umweltpolitischer Sprecher Dr. Matthias Miersch und unser Berichterstatter für Klimaschutz Frank Schwabe sind optimistisch nach Kopenhagen gefahren. Sie haben sich zusammen mit Kollegen vom Europäischen Parlament in vielen Gesprächen mit Parlamentariern anderer Länder für gemeinsame Lösungen eingesetzt. Sie mussten am Ende feststellen, dass zurzeit alle Wege zu einem neuen Abkommen verbarrikadiert sind. Gleichwohl ist klar: der Klimawandel muss als größte Herausforderung unserer Zeit weiter ganz oben auf der internationalen Agenda stehen.**

### **EU und Deutschland haben Chancen verspielt**

Kopenhagen ist am Unvermögen der Verhandlungspartner gescheitert, eine gemeinsame globale Politik zu entwickeln. Die Verhandlungsdominanz der Industrieländer wurde in Frage gestellt. Die großen Schwellenländer China und Indien haben sich zu selbstbewussten und gleichberechtigten Akteuren entwickelt. Die afrikanischen Staaten und die massiv bedrohten kleinen Inselstaaten sind nicht mehr bereit, die Folgen des Klimawandels, den sie selbst nicht zu verantworten haben, bedingungslos zu tragen. Die Europäische Union und Deutschland haben durch ihr langes Zögern sowohl beim CO<sub>2</sub>-Reduktionsziel als auch bei den Finanzierungszusagen versäumt, den Verhandlungsprozess voranzubringen.

Merkels Taktik, erst in der letzten Phase Angebote zu machen, ist nicht aufgegangen. Und nicht ohne Grund wurde Deutschland erstmalig wegen seiner Haltung, finanzielle Hilfen im Klimaschutz nicht zusätzlich zur Entwicklungszusammenarbeit leisten zu wollen, zum „Fossil of the Day“ gekürt. Die Rolle der Europäer war marginal, obwohl sie durch ein Angebot ohne Zusatzbedingungen vor allem die Schwellenländer als Partner hätten gewinnen können. Zuletzt haben die USA und die großen Schwellenländer das Heft in die Hand genommen, aber keine Lösung gefunden. Präsident Obama hat es noch nicht geschafft, seine Klimagesetze durch den Kongress zu bringen und konnte keine Zusagen machen. China entpuppt sich immer deutlicher als Bremser, der sich nicht in die Karten schauen lässt.

Wir suchen Beispiele von unseren Leserinnen und Lesern, wie sie in ihrem Alltag Maßnahmen für den Klimaschutz ergreifen. Wir wollen sie in der kommenden Ausgabe veröffentlichen. Schreibt uns unter [redaktion@spdfraktion.de](mailto:redaktion@spdfraktion.de)

### **EU und Deutschland müssen Führungsrolle übernehmen**

Die Suche nach Verantwortlichen für das Scheitern der Konferenz darf nicht überdecken, dass die deutsche und europäische Klimaschutzstrategie nun einer Neuausrichtung bedarf. Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Antrag ins Parlament eingebracht. Die EU muss sich weiterhin zum Konzept des Multilateralismus bekennen und das Prinzip des Verhandeln unter dem Dach der Vereinten Nationen stärken. Gleichzeitig muss sie sich intensiver mit einzelnen Staaten abstimmen. Sie muss eine durchsetzungsstarke Führungsrolle übernehmen, um z. B. rein ideologisch motivierte Blockaden einiger Länder zu beenden. Die EU muss aktiv dafür sorgen, dass bis Ende 2010 ein rechtsverbindliches und ambitioniertes Klimaschutzabkommen beschlossen wird.

### **Gute Voraussetzungen in Deutschland nutzen**

Als Konsequenz aus Kopenhagen muss Deutschland gemeinsam mit der EU Vorreiter für ein völkerrechtlich verbindliches Abkommen sein und wieder mehr Glaubwürdigkeit gegenüber den Schwellen- und Entwicklungsländern aufbauen. Merkels Regierung muss zeigen, dass wirtschaftliche Entwicklung und ökologische Erneuerung kein Gegensatz sind und wirksame technische und finanzielle Zusammenarbeit anbieten. Deutschland hat mit dem Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) unter der rot-grünen Bundesregierung und mit dem Integrierten Energie- und Klimaprogramm (IEKP) unter der schwarz-roten Bundesregierung die Weichen richtig gestellt. Diese Ausgangsposition muss unverzüglich durch langfristige gesetzliche Klimaschutz-Verpflichtungen und ausreichende Maßnahmen zur Erreichung der selbst gesteckten Klimaschutz-Ziele untermauert werden.